

Europäische Metropolregion München soll „fair“ werden

Der Verein Europäische Metropolregion München (EMM e.V.), ein Zusammenschluss von Landkreisen und Städten, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, strebt die Zertifizierung als Fairtrade-Metropolregion durch Fairtrade Deutschland (TransFair e.V.) an. Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. als bayerischer Dachverband der Eine Welt-Akteure unterstützt die Initiative für eine „Faire Metropolregion München“ und freut sich, dass der „Faire Handel“ somit viele weitere Multiplikatoren erreichen kann.

Als wichtiger Schritt auf diesem Weg wurde Ende Juni 2020 in der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion München offiziell eine Steuerungsgruppe gegründet, die zukünftig nicht nur die Bewerbung vorantreiben soll, sondern den Fairen Handel in Aktivitäten und Veranstaltungen in der Metropolregion einbeziehen möchte.

Damit wird die Europäische Metropolregion München Teil der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“, an der sich allein in Bayern bereits über 180 Kommunen beteiligen. In der vom Landkreis Donau-Ries bis Altötting und vom Ostallgäu bis

Dingolfing-Landau reichenden Metropolregion München sind selbst bereits über 60 Kommunen und Landkreise als „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet.

Vier von fünf Kriterien sind bereits erfüllt

Die Bewerbung wurde auf Initiative des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. sowie weiterer zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure an den EMM e.V. herangetragen. Der Steuerungsgruppe gehören u.a. auch der Geschäftsführer des EMM e.V., Wolfgang Wittmann, sowie Dr. Alexander Fonari, Vorstand des

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., an. Dr. Fonari zeigte sich erfreut über die positive Rückmeldung des EMM e.V., die Idee des Fairen Handels in Aktivitäten und Veranstaltungen der Metropolregion München einzubringen.

Als Sprecherinnen der neu gegründeten Steuerungsgruppe wurden Frau Christiane Lüst (Öko & Fair Umweltzentrum Gauting) sowie Frau Vera Groß (EMM e.V.) gewählt.

Die Bewerbung – die die Erfüllung von fünf Kriterien vorsieht – soll bis zum Herbst 2020 auf den Weg gebracht werden. Die Metropolregion München ist bei ihrer Bewerbung mit 4 von 5 erfüllten Kriterien schon sehr weit – gesucht werden zum jetzigen Zeitpunkt noch Hotel- und Gaststättenbetriebe in der Metropolregion, die bereits fair gehandelte Produkte verwenden und sich offiziell listen lassen möchten. □

Kommunaler Energiebericht:

Landkreis Lindau hat viele Hausaufgaben erledigt

Der Landkreis Lindau hat bereits viele Hausaufgaben rund um den Klimaschutz erledigt. Das ist Ergebnis des ersten Energieberichts, den Klimaschutzmanager Steffen Riedel im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz vorstellte.

Auch ein Großteil der Themen aus dem Forderungskatalog, den die Fridays for Future-Bewegung im Landkreis jüngst an die Landkreisverwaltung richtete, wurde in den vergangenen Jahren bereits bearbeitet. „Unser Kreisausschuss hat im Jahr 2013 einstimmig ein Energie- und Klimaschutzkonzept verabschiedet, das 30 Projekte umfasst“, so Landrat Elmar Stegmann. Für deren Umsetzung hat der Landkreis 2015 einen Klimaschutzmanager eingestellt, aber auch schon zuvor waren Umwelt- und Klimaschutz wichtige Landkreisthemen.

In den vergangenen 10 Jahren hat der Landkreis die Energie- und Wasserverbräuche in seinen Liegenschaften entweder gesenkt oder trotz steigender Energiekosten oder Erweiterungen gehalten. Der Stromverbrauch aller Liegenschaften ist um ein Drittel reduziert worden, der restliche Strom wird aus erneuerbaren Energien bezogen.

Neben der Energieversorgung ist aber auch die Energieeinsparung wichtig. Seit 2012 gibt es für landkreiseigene Gebäude beispielsweise „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“, welche den Passivhausstandard auch für Bestandsgebäude zur Grundlage haben.

Der Landkreis hat bisher fast alle Schulen energetisch saniert oder teilsaniert, das Berufsschulzentrum in Lindau mit fast 50% Heizenergieanteil bezogen auf alle Landkreisliegenschaften, soll in den kommenden Jahren durch einen Neubau ersetzt werden. Damit wird der größte „Energiefresser“ unter den landkreiseigenen Liegenschaften erneuert. Auch der Wasserverbrauch ist durch verschiedene Maßnahmen um ein Drittel gesunken. Eine Maßnahme ist beispielsweise ein Klimaschutzwettbewerb. „Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans ist ebenfalls ein wichtiger Baustein des Klimaschutzes“, erklärte Stegmann. Unter www.landkreis-lindau.de können Bürgerinnen und Bürger mittels Umfrage mithelfen, den ÖPNV noch attraktiver zu machen. □



Shalom und Willkommen in Abensberg

Israels Generalkonsulin Sandra Simovich besuchte den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, in seiner Heimatstadt Abensberg.

Frau Simovich leitet seit August 2017 das Generalkonsulat des Staates Israel für Süddeutschland mit Sitz in München. Mit dabei war Liran Sahar, Berater für bilaterale Beziehungen, ebenfalls vom Generalkonsulat. Der Besuch, der unter strengen Sicherheitsauflagen stattfand, diente der Vertiefung der Beziehungen und dem Austausch aktueller Informationen. Der Staat Israel unterhält seit 2011 ein Generalkonsulat in Bayern, übrigens das einzige in Deutschland. Der Zuständigkeitsbereich umfasst die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Dr. Brandl freute sich sehr und dankte Generalkonsulin Simovich und Herrn Sahar für den Besuch in seiner Heimatstadt.

Finanzspritze für Kunst und Kultur

Bezirk Oberbayern fördert regionale Kultur mit 1,5 Millionen Euro

Fast 1,5 Millionen Euro stellt der Bezirk Oberbayern in diesem Jahr für regionale Kunst und Kultur zur Verfügung. Davon hat der oberbayerische Bezirkstag jetzt ca. 1,36 Millionen Euro bewilligt. Rund 85.000 Euro waren bereits im Mai ausgezahlt worden. Es handelte sich um Zuschüsse unter 2.500 Euro, die Bezirkstagspräsident Josef Mederer frei vergeben darf. Höhere Förderungen konnten wegen der Corona-Beschränkungen erst jetzt durch den Kulturausschuss beschlossen werden.

Von dem Geld profitieren rund 270 Projekte und Initiativen in ganz Oberbayern. In voller Höhe erhalten diese den Zuschuss allerdings nur, wenn die geförderte Veranstaltung stattfindet. Mussten Veranstaltungen wegen der Corona-Beschränkungen abgesagt werden, beteiligt sich der Bezirk Oberbayern gegen Nachweis mit zehn Prozent an den für die Vorbereitung bereits entstandenen Kosten. „Wir hoffen sehr, dass nicht allzu viele Vorhaben betroffen sind. Aber wo es so ist, lassen wir die Vereine und Verbände nicht im Regen stehen“, so Mederer. Abgesagt werden mussten unter anderem das Internationale Musikfest in Kreuth, das Richard-Strauss-Festival in Garmisch-Partenkirchen und die Internationale Jazzwoche Burghausen.

Einige Veranstalter sind in diesem Jahr auch neue Wege gegangen. So fand das Internationale Dokumentarfilmfestival München online statt. Zum Teil werden ausgefallene Veranstaltungen auch nachgeholt, wie

einzelne Termine der Iffeldorfer Meisterkonzerte. Bereits vor den Einschränkungen durch Corona stattfinden konnten beispielsweise das Literaturfestival „Leseglück – Grenzenlos Literatur“ und die inklusive Produktion „Trotz des großen Erfolgs“, des Vereins TamS Theater in München. Zu den geförderten Projekten, die noch stattfinden, gehören die Ausstellung „Frau darf ... 100 Jahre Künstlerinnen an der Akademie“ des Museums Fürstentum und die Opernfestspiele auf Schloss Amerang.

Die Kulturförderung des Bezirks Oberbayern ist eine freiwillige Leistung. Gefördert werden überregional bedeutsame Projekte in Oberbayern mit maximal zehn Prozent der Gesamtkosten, jedoch nur bis zur Höhe von 15.000 Euro. In diesem Jahr beträgt die höchstmögliche Fördersumme 13.537 Euro, da wegen der Vielzahl der Anträge – insgesamt wurden 266 bewilligt – alle Zuschüsse um 9,75 Prozent gekürzt wurden. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Das mit dem Wumms kann man gar nicht oft genug hören – mit Wumms aus der Krise. Schön wäre es, wenn ich an all die fleißigen Leute denke, die als Unternehmer, Selbstständige oder Arbeitnehmer schwer von der coronabedingten Wirtschaftskrise gebeutelt sind.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist wild entschlossen, alles in der Macht der Kommune stehende zu tun, um die lokale Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Denn eines ist klar: Unsere Gesellschaft ist gespalten zwischen denen, die den Coronaabschwung kaum im Geldbeutel merken und denen, die Einkommenseinbußen haben, die bis an die Existenzgrenze gehen können. Aller-

Zuschüsse, Unterhaltsbeihilfen, Kredite. Aber Hand aufs Herz: Wir alle wollen unseren Lebensunterhalt lieber durch eigene Arbeit erwirtschaften, nicht durch Hilfsprogramme, so notwendig sie auch sind.

Also heißt es kreativ sein. Wir haben – wie in anderen Städten auch – unseren Gastwirten mehr Freischankflächen auf öffentlichem Grund zugestanden als eigentlich erlaubt wäre. Auch Barbetreiber, die das im Leben nie geahnt hätten, haben jetzt ihren Biergarten vor dem Lokal. Nicht dass all das, was sonst im verschwiegene Dunkel passiert wäre, jetzt im fahlen Licht des Mondes offenbar würde, aber jedenfalls gehen wieder Longdrinks und Gintonic über den Tresen.

Auch das Aussprechen gewisser Wahrheiten könnte helfen, unserer städtischen Wirtschaft ein Stück auf die Beine zu helfen. Schließlich hat jüngst eine Studie ergeben, was man sich hätte denken können, nämlich dass die Onlineshops die Umsatzsteuersenkung so gut wie nicht an die Kunden weitergeben. Und das nicht nur beim preisgebundenen Buch, das am 30. Juni und am 1. Juli unabänderliche 22 Euro kostete. Durch die Bank gehen Onlinehändler die Umsatzsteuervorteile nicht weiter, während ich keinen stationären Händler in unserer Stadt kenne, der den Umsatzsteuerrabatt nicht an die Kunden weitergibt. OK, shoppen mit Maske ist unangenehm, lästig und jetzt auch noch heiß, aber mehr denn je gilt es doch jetzt, die Geschäftsleute, die ja auch unsere Nachbarn sind und für die Vitalität und Attraktivität unserer Städte sorgen, zu unterstützen. Wenn man dann noch einen handfesten Preisvorteil hat, umso erfreulicher.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist natürlich wie alle besonders darauf fokussiert, das Infektionsgeschehen in unserer Stadt nicht wieder zu verschlimmern. Dennoch müssen wir alles dafür tun, damit die Wirtschaft nicht weiter abschmiert, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Denn mit seiner Priorität hatte der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton schon Recht: „It's the economy, stupid!“

Die richtigen Prioritäten in schwieriger Zeit

dings, wenn man sieht, was etwa der öffentliche Dienst in der Krise leistet – von den Mitarbeitern im öffentlichen Gesundheitswesen über Polizei- und Sicherheitskräfte bis hin zu Lehrkräften, dem Personal der Ordnungsämter, der Gewerbeaufsicht und vielen anderen wichtigen Bereichen mehr – dann ist es mehr als OK, wenn sie ihr Geld weiter regelmäßig bekommen. Weniger einsichtig ist dies bei den Beziehern von Renten oder anderen Transferleistungen. Hier werden wir als Gesellschaft nicht um die Diskussion herumkommen, ob diesen Gruppen nicht ein Solidarbeitrag zur Krisenbewältigung zumutbar wäre.

Andere brauchen unsere Solidarität. Vom niedergelassenen Arzt über den Rechtsanwalt, vom Kneipier bis zum Gastwirt, vom Physiotherapeuten bis zum Logopäden, vom Friseur bis zum Nagelstudio – alle knabbern noch an den Einbußen während des Lockdown und den Einschränkungen heute. Nicht zu vergleichen aber auch dies mit den Musikern, Theaterleuten, Künstlern vom Brett, Tänzern, die immer noch keine Einnahmen haben, ebenso wie viele freiberufliche Dozenten.

Natürlich ist es gut, dass es sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene eine Reihe von Hilfs- und Unterstützungsprogrammen gibt.

Ihre Sabina



Für Bayern wurde Sonja Ziegler-Teubner von der Bayerischen Blumen Zentrale als Regionalbotschafterin ernannt.

Bild: NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge, Viktor Strasse / offenblen.de

NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge:

Bayerische Regionalbotschafterin kommt aus Parsdorf

Warum das Rad immer neu erfinden? Um bundesweit Best Practices zu erarbeiten, hat das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge jeweils einen Betrieb in jedem Bundesland ausgewählt, der für ein Jahr den Titel „Regionalbotschafter“ trägt.

Wie läuft die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Bayern? Was sind die regionalen Besonderheiten? Wo gibt es Herausforderungen und wie lassen sich diese meistern? Das sind einige der vielen Fragen, auf die Sonja Ziegler-Teubner, Geschäftsführerin bei der Bayerischen Blumen Zentrale GmbH, ab sofort als Bayerische Regionalbotschafterin im bundesweiten NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge Antworten sucht.

Die Bayerische Blumen Zentrale ist ein Großhandel für Blumen, Pflanzen und Floristenbedarf. Sonja Ziegler-Teubner fasst zusammen: „Die Ausbildungssituation im Großraum

München ist schon seit langem angespannt. Es wird immer schwieriger, die Stellen zu besetzen. Wir arbeiten deshalb schon viele Jahre mit Menschen aus verschiedenen Nationen zusammen. Wenn sie schon bei uns sind, können wir sie auch ausbilden oder beschäftigen.“

Offene Arbeitskultur

Die 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 13 verschiedenen Nationen stehen für die offene und interkulturelle Arbeitskultur des Familienunternehmens. Aktuell erweitern auch vier Geflüchtete das Team.

Mit bundesweit mehr als 2.400 Betrieben ist das NETZ-

WERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge der größte Zusammenschluss von Unternehmen, die Geflüchtete beschäftigen oder ausbilden. Im vergangenen Jahr wurde das Konzept der „Regionalbotschafter“ erstmalig ins Leben gerufen, um aus dem riesigen Erfahrungsschatz der Mitgliedsunternehmen regionale Besonderheiten herauszustellen. So entsteht ein Netzwerk von Experten, das die Erfahrungen in der Region weitergibt. Nach einem Jahr ernennen die Regionalbotschafter Mitte 2021 ihre Nachfolger.

Dr. Sabine Hepperle, Abteilungsleiterin „Mittelstandspolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), begrüßte die neue Runde der Regionalbotschafter: „Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit sind ein zentraler Schlüssel für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten. Es ist wichtig und richtig, dass Sie als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aktiv anpacken und Menschen mit Fluchthintergrund tagtäglich erfolgreich in Ihre Betriebe integrieren.“ Sofie Geisel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung im DIHK und Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH, ergänzt: „Die Regionalbotschafterinnen und Regionalbotschafter sind unsere Lehrmeister und zeigen uns, wie die Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung funktioniert und wo man an seine Grenzen stößt. Wie man diese Grenzen aber auch überwinden kann. Sie tragen die Botschaft, dass es nicht nur aus menschlicher Sicht ein Gewinn sein kann, Geflüchtete zu beschäftigen, sondern auch aus wirtschaftlicher.“ www.nuif.de